Antrag des Landesvorstands der WASG – NRW an den Länderrat der WASG

Der Länderrat der WASG möge folgendes beschließen:

Der Bundesparteitag der WASG im November 2006 soll - abweichend vom Beschluss des Bundesvorstandes - nicht an einem, sondern an zwei Tagen stattfinden.

Zur Finanzierung der hiermit verbundenen zusätzlichen Kosten wird von den Mitgliedern der WASG eine einmalige Sonderabgabe, ein „13. Monatsbeitrag" eingezogen.

Der einmalige Sonder-Beitrag wird folgendermaßen aufgeteilt:
1. Deckung der zusätzlichen Kosten für den 2. Tag des BPT (rund 25 T€)
2. Verteilung des Überschusses (15 - 25 T€): Der zu erwartende Überschuss wird zu je 50% an die Kreis- und Landesverbände aufgeteilt, um so die politische Arbeit vor Ort zu stärken

Mitgliedern, die von Hartz IV betroffen oder GeringverdienerInnen sind, wird die Möglichkeit gewährt, den Sonder-Beitrag zurückbuchen, bzw. die Zahlung zu verweigern.

Begründung:

Auftrag an den BPT im November ist es, einen neuen Bundesvorstand zu wählen. Erfahrungsgemäß nehmen solche Wahlen mindestens einen Tag in Anspruch.

Die vor uns stehenden Entscheidungen über ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Satzung für die neue, gemeinsame Partei mit der Linkspartei. PDS müssen auf dem Bundesparteitag im November breit diskutiert werden. Änderungs- und Initiativanträge müssen behandelt und mit der nötigen Sorgfalt debattiert werden. Eine angemessene Debatte wäre bei einem eintägigen BPT nicht möglich. Nicht ausreichende inhaltliche Debatten sehen wir als Gefahr für den weiteren Parteineuformierungsprozess.

Wir weisen ausdrücklich auf den BPT Beschluss im Juni hin, der - neben der Neuwahl des Bundesvorstandes - eine breite politisch-inhaltliche Debatte für den BPT im November beschlossen hat.